

Ausgleichsleistungsantrag

A. Angaben zur antragstellenden Gemeinde (Antragstellerin)

Gemeinde: _____

Gemeinde-ID: _____

Anschrift: _____

Verwaltungsgemeinschaft: _____

Ansprechpartner: _____

Telefon/ Telefax _____

E-Mail: _____

B. Allgemeine Angaben

1. Der nachfolgende Antrag auf Ausgleichsleistung bezieht sich auf die Straßenausbaumaßnahme

(insbesondere Angabe Ortsteil/ Straßename/ Bezeichnung der Straßenausbaumaßnahme/ Abschnitt/ Teileinrichtung)

2. Die Straßenausbaumaßnahme wurde

durch Einleiten des Vergabeverfahrens

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

durch Beginn der technischen Herstellung durch eigenes Personal

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

begonnen am: _____

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

beendet am: _____

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

3. Für die Straßenausbaumaßnahme wurde der voraussichtliche Ausgleichsbedarf nach § 4
ThürSABAusglVO angemeldet

am: _____

in Höhe von: _____

Nur ankreuzen, wenn die Straßenausbaumaßnahme vor dem 1. Januar 2019 begonnen wurde:

4. Die Antragstellerin verfügte in Übereinstimmung mit § 7 Abs. 12 Satz 2 ThürKAG in der bis zum 31. Dezember 2018 geltenden Fassung am 31. Dezember 2018 über keine Straßenausbaubeitragssatzung:

ja nein

C. Umfang und Höhe der beantragten Ausgleichsleistung

Bei der Straßenausbaumaßnahme handelt es sich um folgenden Straßentyp:

Anliegerstraße

Haupterschließungsstraße

Hauptverkehrsstraße

Sonstiges, bitte auf gesondertem Beiblatt näher erläutern

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

Nachweis durch Vorlage der am 31. Dezember 2018 geltenden Beitragssatzung

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

Die Antragstellerin beantragt für die Straßenausbaumaßnahme eine Ausgleichsleistung, die sich für die einzelnen Teileinrichtungen wie folgt zusammensetzt:

Teileinrichtung	Pauschale in Prozent	berücksichtigungsfähige Investitionskosten in Euro	beantragte Ausgleichsleistung in Euro
Summe:			

Die Antragstellerin hat für die Straßenausbaumaßnahme eine Abschlagszahlung erhalten

in Höhe von: _____

gemäß Abschlagszahlungsbescheid vom: _____

Aktenzeichen: _____

Zur Nachweisführung für die beantragte Ausgleichsleistung werden vorgelegt:

tabellarische Aufstellung der berücksichtigungsfähigen Investitionskosten (mit Zuordnung zu den Rechnungen und gegebenenfalls zu den Teileinrichtungen sowie unter Berücksichtigung der anrechenbaren Breiten der Erschließungsanlage)

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

Nachweis der Investitionskosten durch Vorlage der wesentlichen Rechnungen, insbesondere der Schlussrechnung(en)

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

Lageplan/ Flurkartenauszug mit Kennzeichnung der Ausbaumaßnahme

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

Ausführungsplanung oder ähnliche Planunterlagen

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

Fotodokumentation der Ausbaumaßnahmen (vorher/ nachher)

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: _____

D. Bestätigungen der antragstellenden Gemeinde

Die Richtigkeit der gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.

Es wird bestätigt, dass der beantragten Ausgleichsleistung nur solche Investitionskosten zugrunde gelegt wurden, die nach § 8 ThürSABAusglVO berücksichtigungsfähig sind.

Es wird bestätigt, dass die beantragten Ausgleichsleistungen ausschließlich Maßnahmen betreffen, für die nach der bis zum 31. Dezember 2018 geltenden Rechtslage Straßenausbaubeiträge erhoben werden durften beziehungsweise erhoben worden wären. Bei der oben genannten Maßnahme, für die eine Ausgleichsleistung beantragt wird, handelt es sich ausdrücklich nicht um Maßnahmen für die Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch erhoben werden können sowie um Maßnahmen für die laufende Straßenunterhaltung und Straßeninstandsetzung (§ 3 Abs. 1 Satz 2 ThürSABAusglVO).

Ort

Datum

Name des
Bürgermeisters/ Oberbürgermeisters
(Druckschrift)

Unterschrift des
Bürgermeisters/ Oberbürgermeisters

(Dienstsiegel)

E. Prüfungen und Bestätigungen der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde

Rechtsaufsichtsbehörde: _____

Ansprechpartner: _____

Telefon/ Telefax _____

E-Mail: _____

Der Antrag der Gemeinde ist eingegangen am: _____

Der Antrag wurde fristgemäß (§ 5 Abs. 2 ThürSABAusglVO) vorgelegt.

Der Antrag ist verfristet.

Die Gemeinde hat den voraussichtlichen Ausgleichsbedarf für die oben genannte Straßenausbaumaßnahme nach § 4 ThürSABAusglVO

fristgemäß angemeldet.

verspätet angemeldet.

nicht angemeldet.

Es wird bestätigt, dass eine Schlüssigkeits- und Vollständigkeitsprüfung des Antrages, einschließlich der vorgelegten Nachweise, durchgeführt wurde.

Die Angaben der Gemeinde stimmen mit den bei der Rechtsaufsichtsbehörde vorliegenden Unterlagen

überein.

nicht überein.

Es wurden folgende Unstimmigkeiten festgestellt beziehungsweise konnten nicht abschließend geklärt werden:

Der Ausgleichsleistungsantrag der Gemeinde ist

vollständig.

noch nicht vollständig, wird aber
weitergeleitet, weil die Frist nach § 5 Abs. 4
Satz 4 Halbsatz 2 ThürSABAusglVO abläuft
am:

Von der Gemeinde wurden zur Vervollständigung des Ausgleichsleistungsantrages folgende Unterlagen nachgefordert, die der Rechtsaufsichtsbehörde noch nicht vorgelegt wurden:

Ort

Datum

Unterschrift, Funktion

(Dienstsiegel)